

Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen

NATO-Krieg: Von ISAF zu Resolute Support

Im Oktober 2001 griff eine Koalition überwiegend westlicher Staaten unter Führung der USA Afghanistan an. Als Begründung wurde angeführt, die dort herrschenden Taliban, hätten Osama bin Laden beherbergt, der für Terroranschläge im September 2001 in den USA verantwortlich gemacht wurde. Angebote der Taliban, bin Laden auszuliefern, wurden ignoriert. Im April 2003 wurde die „Internationalen Schutztruppe“ (ISAF) offiziell von der NATO übernommen. Die deutsche Beteiligung belief sich zeitweise auf kontingentierte 5350 Soldaten. Formal endete der Kampfeinsatz mitsamt ISAF Ende 2014, faktisch wird er jedoch unter der Folgeoperation „Resolute Support“ – inzwischen zeitlich unbegrenzt – fortgesetzt.



Truppenentwicklung: ISAF und Resolute Support



Abschiebung ins Kriegsgebiet

In Afghanistan herrscht Krieg – und die seit 2001 im Land operierenden westlichen Truppen (und damit ihre Herkunftsstaaten) tragen eine große Mitverantwortung an der desaströsen Situation des Landes. Im Jahr 2015 suchten etwa 200.000 Menschen aus Afghanistan Schutz in Ländern der EU. Aufgrund der zahlreichen anschließenden Abschottungsmaßnahmen waren es im darauf folgenden Jahr „nur“ noch 43.400. Trotz der Mitverantwortung an der afghanischen Misere hat Deutschland im Dezember 2016 begonnen, Menschen nach Afghanistan abzuschicken – ein Land, in dem die Bundeswehr weiter in einen Bürgerkrieg verwickelt ist, der das Land immer weiter in Chaos und Zerstörung reißt. Zwei Wochen nach seiner Abschiebung wird der 23-jährige Atikullah Akbari im Februar 2017 in Kabul bei einem Selbstmordanschlag verletzt.

EU-Afghanistan: Dreckiger Deal

„Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz hat die Europäische Union mit Afghanistan einen Kooperationspakt geschlossen: Die EU verspricht dem Land Finanzhilfe, im Gegenzug soll Afghanistan unter anderem der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber zustimmen.“ (Tagesschau.de, 19.02.2017)

Warum Abschiebungen?

„Das hat zwei Gründe, über die nicht ganz so laut geredet wird [...] Wenn wir keine Flüchtlinge nach Afghanistan zurückschicken könnten, dann wäre der inzwischen schon anderthalb Jahrzehnte währende und gerade erst verlängerte Bundeswehreinsatz dort vergeblich gewesen – mit all seinen menschlichen und finanziellen Opfern. Es wäre das Eingeständnis eines Scheiterns, das die Bundesregierung unbedingt vermeiden will. Der andere Grund erschließt sich bei einem Blick in die Statistiken, die über Bildungsstand und Integrationschancen der Flüchtlinge zumindest eine ungefähre Auskunft geben. Sie zeigen, dass viele Afghanen deutlich schlechtere Voraussetzungen mitbringen als die Mehrzahl der Syrer oder Iraker.“ (FAZ, 18.12.2016)

Reisewarnung Afghanistan

„Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt. Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein. [...] In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und anderen Gewaltverbrechen kommen.“ (Auswärtiges Amt, Stand: 07.02.2017)

Deutscher Kriegsbeitrag

2002: Der damalige Verteidigungsminister Peter Struck prägt den fatalen Satz, mit dem der Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes bis zur Unkenntlichkeit verdreht wird: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“

2001: Der damalige Kanzler Gerhard Schröder erklärt seine „bedingungslose Solidarität“ zu den USA nach den dortigen Anschlägen. Am 16. November 2001 stimmt der Bundestag einer Beteiligung am Afghanistan-Krieg zu – allerdings nur knapp und erst, nachdem Schröder die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verband.

2003: Deutsch-niederländische ISAF-Führung (Februar bis August), danach wird der Einsatz von der NATO übernommen.

2007: Entsendung der Bundeswehr-Tornados. Ihre Daten wurden auch für Luftschläge genutzt, bei denen Zivilisten ums Leben kamen.

2010: Im Januar wird das Bundeswehrkontingent um 850 Soldaten auf 5350 angehoben.

2012: Deutschland und Afghanistan unterzeichnen im Mai eine Vereinbarung; auch nach dem für 2014 angekündigten offiziellen Ende des ISAF-Einsatzes wird sich auf eine „Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit“ verständigt.

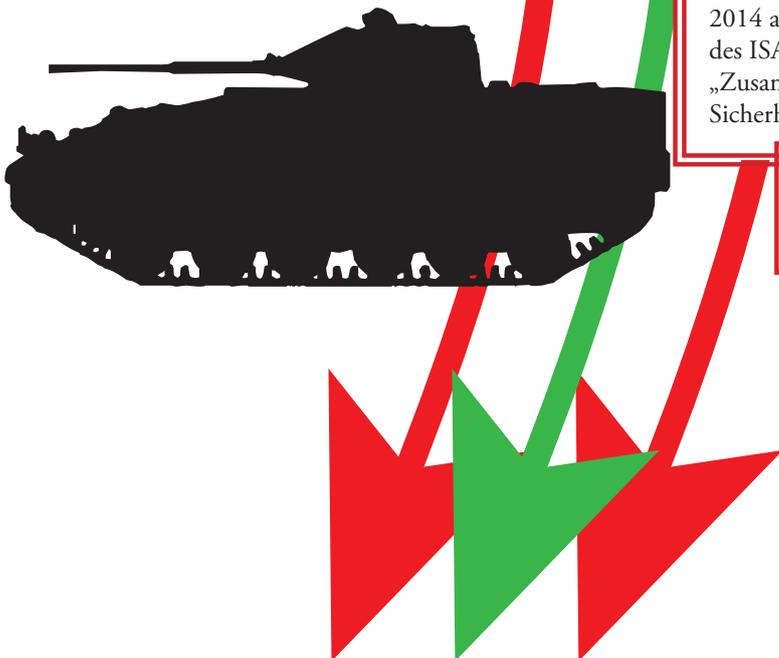
2014: Im Dezember endet der ISAF-Einsatz offiziell.

2015: Bundestagsbeschluss zur Beteiligung am NATO-ISAF-Folgeeinsatz „Resolute Support“ mit 850 Soldaten. Deutschland wird zweitgrößter Truppensteller in Afghanistan.

2016: Im Dezember wird das Kontingent für „Resolute Support“ auf 980 Bundeswehr-Soldaten erhöht.

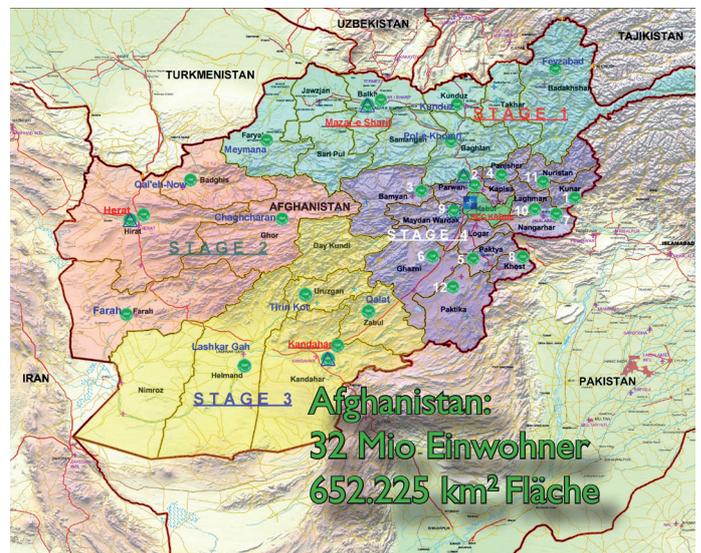
2008: Ein „Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit“ wird eingeführt; Grundsteinlegung für ein Ehrenmahl zum Gedenken an im Einsatz getötete Soldaten (und Zivilisten).

Ende 2009: Beim Luftangriff von Kunduz sterben im September 2009 wohl 142 Menschen, darunter auch Kinder. Der hierfür verantwortliche deutsche Oberst Klein wurde nicht angeklagt und später befördert.

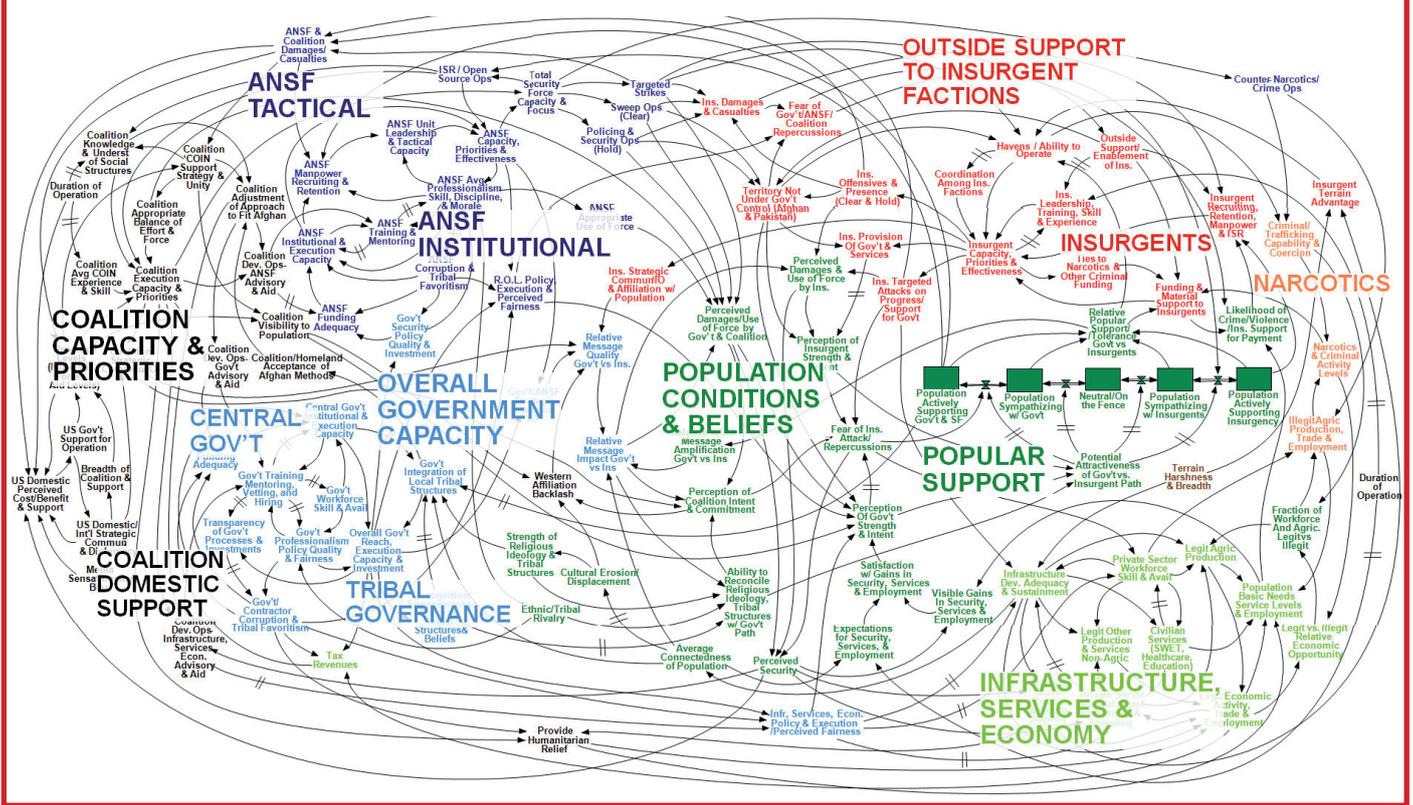


Bundeswehr: Kämpfen gelernt!

„Seit dem Ende der territorialen Bedrohung der Bundesrepublik und der Bündnisgebiete richtete sich die Bundeswehr Schritt für Schritt auf Auslandseinsätze aus. In den 1990er-Jahren waren dies primär die Operationen auf dem Balkan, gipfelnd im Luftkrieg um den Kosovo, an dem Bundeswehrflugzeuge maßgeblich beteiligt waren. Nach 2001 standen die Operationen in Afghanistan im Mittelpunkt. Die ISAF-Mission am Hindukusch stellt nicht nur den längsten Einsatz der Bundeswehr dar; sie sah auch die intensivsten Gefechte deutscher Streitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg. Kurz gefasst: In Afghanistan hat die Bundeswehr das Kämpfen gelernt.“ (Martin Zapfe, Center for Security Studies, Mai 2014)



„Wenn wir diese Grafik verstanden haben, haben wir den Krieg gewonnen!“
 Stanley McChrystal im Herbst 2009, damals noch Oberkommandierender der NATO in Afghanistan, bei einem Vortrag über die Schwierigkeiten der Aufstandsbekämpfung.



Eskalation der Kampfhandlungen

Sicherheitsvorfälle (bewaffnete Zusammenstöße mit dem afghanischen Widerstand): 2007: 6.792; 2009: 11.520; 2013: 20.093; 2015: 22.634; Jan.-Okt. 2016 Anstieg um 22%.

Opfer unter der Zivilbevölkerung
 Offiziell (UN-Erhebungen): 2009 bis 2016 24.821 getötete und 45.333 verwundete afghanische Zivilisten.

Die UN-Angaben weisen wohl eine hohe Dunkelziffer auf. Außerdem begannen sie erst 2009 und erfassen keine getöteten Kämpfer. Eine IPPNW-Untersuchung kam zu dem Ergebnis, allein bis 2013 seien 184.000 bis 248.000 Menschen dem Krieg zum Opfer gefallen.

Opfer unter westlichen Soldaten:
 USA: 2383; GB: 455; Kanada: 158; Deutschland: 54
Gesamt: 3513 (Stand: 31.10.2016)

Die materiellen Kosten des Afghanistan-Krieges

USA: Offizielle Kriegskosten bis einschl. 2017: \$827 Mrd.
Deutschland: Offiziell bis Ende 2016: €9,5 Mrd.
 Die deutschen Kriegskosten sind laut Untersuchungen des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) tatsächlich um den Faktor 2,5 bis 3 höher als die Regierungsangaben. Das „Watson Institute“ gelangt zu dem Ergebnis, dass die tatsächlichen US-Kosten des gesamten „Krieges gegen den Terror“ bis Ende 2016 bei 4792 Mrd. Dollar liegen (offiziell: 1742 Mrd. Dollar).

„Afghanisierung“ des Krieges

Aufgrund der hohen personellen, finanziellen und damit auch politischen Kosten des NATO-Krieges wurde schnell dazu übergegangen, möglichst große Teile der Kampfhandlungen auf afghanische Regierungseinheiten zu übertragen. In deren Aufbau, Ausrüstung und Training wurden immense Ressourcen gesteckt: Aktuell belaufen sich die jährliche Kosten für die afghanischen Sicherheitskräfte auf ca. \$5 Mrd. Dollar.

Größe der afghanischen Armee: 171.428 (Stand: Mai 2016) (ursprüngliche Zielgröße 85.000)

Zielgröße der afghanischen Polizei: 148.167 (ursprüngliche Zielgröße 82.000)

**Opfer afghanische Armee und Polizei: 2007: 1012; 2010: 1480; 2013: 4700; 2015: 7000; 2016 (bis 12. Nov.): 6785
 Gesamt: 32.941**

CIMIC: Effektivierung der Besatzung

Um Einsätze wie Afghanistan „effektiv“ zu gestalten kooperieren dort im Rahmen der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ (Comprehensive Approach) Teile der zivilen Akteure – vom Brunnenbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrotechniker – eng mit dem militärischen Einsatz. Der Dachverband deutscher NGO-Entwicklungsorganisationen (VENRO) kritisiert dies scharf: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“

Afghanische Wirtschaft

Afghanistan wurden im Rahmen der Besetzung neoliberale Wirtschaftsreformen verordnet. U.a. die weitgehende Abschaffung von Schutzzöllen, die umfassende Privatisierung von Staatsbetrieben und umfangreiche Steuerbegünstigungen für investierende (westliche) Konzerne. Afghanistan sei „eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt“, so „Germany Trade and Invest“. Die verordneten Privatisierungen führen zu Massenentlassungen und tragen damit zur hohen Arbeitslosenquote bei. Das Handelsbilanzdefizit betrug 2015 satte 7150 Mio. Dollar.

Soziale Situation

„Die sich kontinuierlich verschlimmernde und ausweitende Konflikt verursachte einen 13%igen Anstieg der Personen, die aktuell 2017, auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, derzeit 9,3 Mio. [...] Jüngste Schätzungen legen nahe, dass über 9 Mio. Menschen über keinen Zugang zu lebenswichtiger Gesundheitsversorgung verfügen. Die Kinder- und Müttersterblichkeitsraten sind weiter unter den höchsten der Welt.“ (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs)

„Armut, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Gewalt, Emigration, Binnenvertreibung und der Bildungs-Gender-Gap sind allesamt gewachsen, während Dienstleistungen und Investitionen gesunken sind.“ (Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction, Bericht, Januar 2017)

Krieg für Frauenrechte?

„Die Rechte aller Menschen, aber insbesondere von Frauen, werden beständig verletzt. Die Besetzer und die Fundamentalisten teilen sich die Macht in dem Land. [...] Die USA und die NATO haben natürlich eigene politische und wirtschaftliche Ziele. Da geht es unter anderem darum, in der Region überhaupt mit soviel Militär vertreten zu sein. [...] Die Soldaten müssen unser Land besser heute als morgen verlassen. Demokratie kann nicht durch eine militärische Besetzung herbeigeführt werden.“ (Die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya, junge Welt, 21.04.2016)

Höhe der Entwicklungshilfe

Das Hauptproblem mit der Entwicklungshilfe in Afghanistan ist nicht einmal, dass bislang deutlich weniger ausbezahlt wurde, als ursprünglich zugesagt worden war. Vielmehr wandert ein Großteil der Gelder zurück in die Taschen westlicher Wiederaufbaukonzerne oder wird für sicherheitsrelevante Ausgaben teils sogar zur direkten Unterstützung der Aufstandsbekämpfung zweckentfremdet. So bleibt für humanitäre Ausgaben wenig bis kein Geld mehr übrig.

US-Aufbauhilfe 2002 bis Nov. 2016: 115 Mrd. Dollar

Davon für die afgh. Sicherheitskräfte: 68,7 Mrd. Dollar

Gekommen, um zu bleiben - Nebelkerze Truppenabzug

Offiziell endete die ISAF-Operation Ende 2014, sie ging aber nahtlos in den am 1. Januar 2015 beginnenden NATO-Folgeinsatz „Resolute Support“ (RS) über. Eigentlich sollen die RS-Soldaten „nur“ afghanische Kräfte trainieren, faktisch gehen sie aber immer „robuster“ vor. In der Afghanistan-Erklärung zum NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 fand sich im Gegensatz zu früheren Dokumenten kein konkretes Datum für die Beendigung des Einsatzes mehr. Der „legale Rahmen“ für die weitere Stationierung westlicher Soldaten wird v.a. vom NATO-Afghanistan-Truppenstatustabkommen geliefert, das faktisch keine Zeitbegrenzung vorsieht: „Diese Vereinbarung soll am 1. Januar 2015 in Kraft treten [...]. Sie soll bis Ende 2014 und darüber hinaus in Kraft bleiben, sollte sie nicht gemäß Paragraph 4 dieses Artikels aufgekündigt werden.“

„Robuste Beratung“

„Wir brauchen eine robuste Beratung. [...] Wenn wir sehen, dass es einen Taliban-Angriff gibt, müssen wir den auch niederschlagen können.“ (Der deutsche NATO-General Hans-Lothar Domröse über „Resolute Support“)

Quellen:

Die meisten Daten stammen aus dem „Brookings Afghanistan Index“ sowie aus den Berichten des „Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction“ und des UN-Generalsekretärs „The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security“. Siehe außerdem IMI-Afghanistan-Texte: <http://www.imi-online.de/regionen/afghanistan/>

„Strategie ist das keine, das ist die Verwaltung des Desasters. Es wird so getan, als ob eine längere und stärkere Präsenz der Bundeswehr [...] die Taliban mit Sicherheit schwächen würde. Aber was, wenn es umgekehrt ist? [...] Aus dieser Lage muss sich der Westen, muss sich Deutschland befreien – und das geht nur, wenn er den Einsatz beendet.“ (Ulrich Ladurner, Die Zeit, 17.12.2015)